



**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**

FRAKTION B' 90/DIE GRÜNEN, RATHAUSPLATZ 2, 90403 NÜRNBERG

An den Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg
Dr. Ulrich Maly
Rathaus

90403 Nürnberg

Hospiz- und Palliativversorgung in Nürnberg

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

gewi, GHA u. Soz A

OBERBÜRGERMEISTER	
22. SEP. 2016	
V	Zur KEB.
III	Zur GHA u. Soz A

Kont: ByNS, Rias

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Stadtratsfraktion Nürnberg

Rathausplatz 2
90403 Nürnberg

Tel: (0911) 231-5091
Fax: (0911) 231-2930
gruene@stadt.nuernberg.de

Bus: Linie 36, 46, 47 (Rathaus)
U-Bahn: Linie 1 (Lorenzkirche)

Nürnberg, 22.09.2016

zum 08. Dezember 2015 ist das Hospiz- und Palliativgesetz (HPG) in Kraft getreten. Darin ist unter anderem vorgesehen, die pflegerische, medizinische und auch ärztliche Versorgung und Betreuung schwerstkranker Menschen an ihrem Lebensende flächendeckend zu verbessern. Ziel ist es zudem, in der letzten Lebensphase Leiden zu lindern und Ängste zu nehmen, sowie das Recht auf Selbstbestimmung zu erhalten. Dies gilt auch für die Betreuung schwerstkranker und sterbender Kinder und Jugendlicher. Menschen mit Migrationshintergrund oder in der Obdachlosigkeit sind allerdings meist von den Angeboten ausgeschlossen.

Die Begleitung der Angehörigen von Menschen in der letzten Lebensphase und auch in der Trauerarbeit stellt dabei eine große Herausforderung dar.

Um die Auswirkungen des Gesetzes für Nürnberg einschätzen zu können und einige offene Fragen zu klären, stellen wir zur Behandlung im zuständigen Ausschuss, folgenden Antrag:

1. Die Verwaltung berichtet, welche Bedarfe der Hospiz- und Palliativversorgung in Nürnberg bestehen. Dazu wird über die vorhandenen Strukturen in den ambulanten und stationären Bereichen der Gesundheits- und Seniorenversorgung berichtet.
2. Die Verwaltung zeigt auf, inwieweit gerade für Gruppen, wie Menschen mit Behinderung, Zuwanderungsgeschichte und Menschen in Obdachlosigkeit, Angebote vorhanden und bekannt sind und diese ausgebaut werden sollen.
3. Welche Netzwerke, die im Gesetz beschrieben und gefordert werden, sind bereits in Nürnberg vorhanden und wie werden diese gefördert bzw. erweitert?
4. Wie sind die Zugänge zu den bestehenden Angeboten gewährleistet?
5. Wie werden die ehrenamtlichen Strukturen gefördert?

Mit freundlichen Grüßen

A. Friedel

Andrea Friedel
Stadträtin

www.gruene.rathaus.nuernberg.de